

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 182 (2016)
Heft: 1-2

Artikel: Welche Strategie für die EU?
Autor: Tardy, Thierry
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586989>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Welche Strategie für die EU?

Das Bestreben der Europäischen Union, als Mitspieler auf der internationalen Bühne eine Rolle zu spielen, war immer schon vom Bedürfnis begleitet, einen strategischen Rahmen zu erarbeiten, welcher die Bedrohungen für die Europäische Union sowie ihre Interessen und Prioritäten festlegt.

Thierry Tardy

Javier Solana, der damalige hohe Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, hat im Jahr 2003 eine europäische Sicherheitsstrategie erarbeitet. Diese identifizierte fünf unterschiedliche Bedrohungsarten (Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, organisierte Kriminalität und Zerfall von Staaten). Dazu wurden drei strategische Zielsetzungen formuliert (den Bedrohungen begegnen können, zur Stabilität im Umfeld der EU beitragen und einen «effizienten Multilateralismus» fördern).

Überlegungen auf der strategischen Ebene sind notwendig

Das Dokument von 2003 verlieh den Aktionen der EU insgesamt eine gewisse Richtschnur und stellte gleichzeitig den Rahmen für die Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und die Multiplikation ihrer Operationen dar. Allerdings war das vergangene Jahrzehnt auch dasjenige der tiefgreifenden Umwälzungen, aus denen das Bedürfnis hervorging, sich erneut der Frage der strategischen Positionierung der EU zu widmen: zuerst der Frage der schrittweisen Erweiterung der Union (die von 15 Mitgliedern im Jahr 2003 auf 28 Mitgliedstaaten zehn Jahre später angewachsen ist), dann und vor allem den Entwicklungen des internationalen Umfeldes und schlussendlich der offensichtlichen Erschöpfung der europäischen Verteidigungspolitik im Rahmen der Umsetzung des Vertrages von Lissabon.

Im Juni 2015 wurde Federica Mogherini, die hohe Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, vom Europäischen Rat beauftragt, in «enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten» eine «globale Strategie der Europäischen Union zu den Fragen der Aussen- und Sicherheitspolitik» zu entwickeln. Diese Strategie

soll im Juni 2016 dem Europäischen Rat unterbreitet werden.

Der Entwicklungsprozess einer globalen Strategie

Die neue Strategie hat zum erklärten Ziel, den Aussenaktionen der EU einen kohärenten Rahmen zu verleihen, ihre Prioritäten und Handlungslinien zu definieren, einem strategischen Ansatz in der Aussenpolitik den Vorzug zu geben, an Stelle eines reaktiven Vorgehens. Das Dokument soll die Grundlage für die mittelfristigen Aktionen der Europäischen Union, für eine Zeitspanne von fünf bis sieben Jahren, darstellen.

Das neue Dokument soll sich von seinem Vorgänger von 2003 durch seine Tragweite unterscheiden. Der Begriff «global» impliziert, dass es nun darum gehen soll, den Bereich der reinen Sicherheitspolitik zu verlassen, um sich auf eine erweiterte

ben sollen die Europäische Kommission sowie diejenigen Mitgliedstaaten, die den Prozess auf Grund ihrer eigenen Prioritäten mitprägen wollen, einbezogen werden.

Aus den laufenden Verhandlungen zeichnen sich drei wesentliche Themenschwerpunkte ab. Zum ersten wird das Dokument die globale Berufung der Europäischen Union und als Folge davon den unausweichlichen Charakter ihrer Einsätze ausserhalb ihres eigenen Territoriums und auch jenseits ihrer Peripherie unterstreichen. In den Bereichen Cyber-Security oder Erderwärmung erfordert es eine grundsätzlich globale und nicht regionale Positionierung. Zum zweiten muss die EU ihre Strategien zur Krisenbewältigung überprüfen, um wirksamere Aktionen zu erzielen. Dies setzt eine bessere Identifikation mit den Zielen, die mit den Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) erreicht werden sollen, einen

stärkeren Einbezug der lokalen Akteure, aber auch eine Verstärkung der Partnerschaft insbesondere mit internationalen und regionalen Organisationen voraus.

Zum dritten muss die neue Strategie die zunehmende Verflechtung der inneren und äusseren Sicherheit zur Kenntnis nehmen; daraus folgert, dass es zunehmend unmöglich



Die Anschläge vom 13. November 2015 in Paris. Bild: n-tv.de

Aussenpolitik zu konzentrieren, die Fragen wie etwa die der Weltordnungspolitik oder der Herausforderungen, die Energie, Migration und Entwicklung darstellen, beinhalten. Für die Entstehung der Strategie hat sich die hohe Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik einen möglichst einschliessenden Prozess gewünscht; dieser soll eine Anzahl Ereignisse in den Mitgliedstaaten einschliessen und die Gemeinschaft der Forscher enger in die Zivilgesellschaft einbinden. Dane-

sein wird, innerhalb der Aussenpolitik und der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zwischen den inneren und äusseren Zuständigkeitsbereichen eine Trennung vorzunehmen. Terrorismus und die Migrationskrise stellen Beispiele dieser Verflechtung dar, genauso wie Cyber-Bedrohungen oder Energiesicherheit. Wir müssen aber feststellen, dass die Union auf der Dichotomie zwischen Innerem und Äusserem aufgebaut und strukturiert ist.

EU Mitgliedstaaten bis 2003

Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich.

Neue Mitgliedstaaten 2003–2013

Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern.

Die zukünftigen Herausforderungen

Federica Mogherini hat sich mehrmals dahingehend geäussert, dass für sie der Prozess der Erarbeitung der Strategie denselben Stellenwert einnimmt wie das endgültige Dokument selbst. Wenn man die Meinungsverschiedenheiten der Mitgliedstaaten zur Frage der Rolle, die der EU auf welcher Stufe verliehen werden soll, berücksichtigt, bezweckt die laufende Diskussion, dass strategisches Denken wieder eine zentrale Rolle in der EU einnehmen soll, um dabei auch die Konsensfähigkeit zu festigen.

Der abschliessende Text sollte *in fine* aber auch durch einen klar ersichtlichen Ehrgeiz und seine Methodik bestechen. In diesen Diskussionen ist die Frage der Bedeutung der Verteidigung und der Forderungen, die an die Mitgliedstaaten gestellt werden, bedeutsam. Welche militärischen Fähigkeiten sollen die Mitgliedstaaten zusammen aufbringen können? Das Konzept der «strategischen Autonomie» spaltet die Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt eines sehr ungewissen Sicherheitsumfeldes und des Rückzuges der Vereinigten Staaten aus Europa. Die vergangenen Jahre haben aber auch die Zurückhaltung der Mitgliedstaaten im Bereich GSVP und ihre kaum vorhandene Begeisterung, in dieses Projekt zu investieren, deutlich aufgezeigt. Die Anschläge vom 13. November 2015 in Paris sowie die von Frankreich angerufene Verpflichtung zur Hilfe und Unterstützung (gemäss Artikel 427 des Vertrages von Lissabon) haben – zumindest kurzzeitig – eine gewisse Solidarität der Europäer hervorgerufen. Es ist jedoch Sache der neuen Strategie, die GSVP neu zu orientieren und ihre Ziele und Mittel besser zu klären.

Die Strategie sollte zudem auf glaubwürdige Art und Weise auf die unterschiedlichen Betrachtungen innerhalb der

Hierarchie der Bedrohungen, insbesondere auf die Formulierung der «Russischen Bedrohung» für die osteuropäischen Staaten, eingehen; dieser gegenüber steht der Terrorismus für zahlreiche andere Staaten an erster Stelle. Als Beispiel dazu mag dienen, dass im italienischen Weissbuch 2015 Russland gar nicht erscheint, wo dieses hingegen in der nationalen Sicherheitsstrategie 2014 von Polen omnipräsent ist. Die Migrationskrise wird einen Stellenwert einnehmen und im grösseren Rahmen der Schnittstelle äussere Sicherheit – innere Sicherheit beurteilt werden müssen.

Der mögliche Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union («Brexit») beeinflusst natürlich die Diskussionen. Grossbritannien hat zu Handen der hohen Vertreterin zwei rote Linien definiert, die die Institutionen und die Verteidigung betreffen. Diese Fragen beziehen sich auch auf den Status des Schlussdokumentes, also auf die Frage wie der Europäische Rat die Strategie wahrnimmt. Die Glaubwürdigkeit der globalen Strategie würde unter einer einfachen Kenntnisnahme durch den Europäischen Rat leiden, wo hingegen eine vorbehaltlose Genehmigung ihm eine entscheidende Tragweite verleihen würde. Eine derartige Genehmigung setzt allerdings die Zustimmung aller Mitgliedstaaten voraus, die dann ihr Einverständnis zum gesamten Text erklären müssten.

Die entscheidende Herausforderung für die neue Strategie besteht jedoch in ihrer Umsetzung. Zahlreiche Beobachter äussern die Auffassung, dass sich die Herausforderungen der Europäischen Union sich nicht notwendigerweise mit der simplen Annahme einer Strategie lösen lassen. Sie stellt zwar eine wesentliche, aber allein nicht genügende Bedingung zur Behauptung der Europäischen Union auf der internationalen Szene dar. ■

Dieser Beitrag stellt die alleinige Meinung des Autors, jedoch nicht die des «Institut d'Etudes de sécurité de l'Union européenne (EUISS)» oder der EU dar.

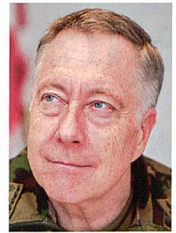
Aus dem Französischen übersetzt Sch



Thierry Tardy
Dr.
Analyste Senior
Institut d'Etudes
de sécurité de l'UE
75015 Paris

Das Wort des Cda

In der letzten ASMZ habe ich geschrieben, dass die weltweiten Konflikte eine gefährliche Mixtur abgeben. Das wurde akzentuiert, weil Nordkorea inzwischen Tests mit einer Wasserstoffbombe durchgeführt haben soll und sich die diplomatischen Beziehungen im Nahen Osten verschlechtern. Umso dankbarer bin ich, dass der Nationalrat am 2. Dezember 2015 der Vorlage zur Weiterentwicklung der Armee deutlich zugestimmt hat. Die Politik hat die Bedeutung der Sicherheit erkannt und bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Differenzbereinigung mit dem Ständerat ist voraussichtlich in der Frühlingssession. Wir haben dann die Entscheide des Parlaments umzusetzen. Inhaltliche Diskussionen sind keine mehr zu führen.



In der heutigen Lage müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass mögliche Einsätze näher rücken. Die Zeit in den Dienstleistungen ist also zur Vorbereitung intensiv zu nutzen. Und Kader haben ihren Unterstellten den Sinn unserer Arbeit zu vermitteln. Die Reihenfolge der eingesetzten Kräfte ist bekannt: Berufskomponente – Durchdiener – WK-Truppen – Aufgebot weiterer Kräfte.

Wir sind dankbar, wenn die Sicherheitslage soweit stabil bleibt, dass wir unsere Armee nicht vermehrt einsetzen müssen. Falls die Politik aber den umfassenden Einsatz anordnet, brauchen wir auch die Unterstützung der Familien und der Arbeitgeber unserer Angehörigen der Armee. Falls nötig – und nur dann – müssen diese im Rahmen der Wehrpflicht zur Verfügung stehen. Am Schluss kommt uns allen diese Leistung wieder zu Gute. Weil sich Sicherheit auszahlt.

Wer 2016 glaubt, punkto Sicherheit beschönigen zu müssen, der wird von der Realität eingeholt. Wie diese Realität aussehen kann, zeigt ein Film der Armee: www.youtube.com/user/schweizerarmee

Zeigen Sie diese Bilder gerade auch Mitbürgerinnen und Mitbürgern, welche nicht aktive Angehörige der Armee sind, denn häufig sagt man mir: «Wussten wir gar nicht...»!

*Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee*